

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach

Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH:
Feldkreuzstraße 3
6063 Rum bei Innsbruck
Österreich

DokumentenzahlNr.: SLPS-ICE-001483-MA-DEU

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt E2 von km 0+000 bis 79+525

Unterlagen nach § 21 NABEG Teil K03

PLANÄNDERUNG II

Voraussetzungen für forstrechtliche Genehmigungen

00	28.04.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Petra Binder	David Bösch	Martin Pehm
01	03.09.2024	DECKBLATT V	Franziska Fieg	David Bösch	Martin Pehm
02	15.12.2025	PLANÄNDERUNG II	Franziska Fieg	Valerie Klein	Christoph Ladenhauf
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Anhang- und Anlagenverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink	4
1.2 Einordnung der Unterlage	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
1.4 Rechtlicher und fachlicher Rahmen.....	5
1.4.1 Bundesgesetzgebung.....	5
1.4.2 Landesrecht.....	5
1.4.3 Länderverordnung	6
1.5 Datengrundlagen.....	6
2 Waldinanspruchnahme durch das Vorhaben	7
2.1 Dauerhafte Waldumwandlung	7
2.2 Temporäre Waldumwandlung	7
3 Angaben zur Erlangung der forstrechtlichen Erlaubnisse	8
3.1 Waldinanspruchnahme und betroffene Waldflächen	8
3.2 Forstrechtlicher Kompensationsbedarf und Maßnahmenbilanzierung	8
3.3 Rekultivierung und Wiederaufforstung von befristet in Anspruch genommenen Waldflächen.....	9
3.4 Zusammenfassung.....	9
4 Literatur- und Quellenverzeichnis	10

Anhang- und Anlagenverzeichnis

- Anhang 1: Zusammenstellung betroffener Grundstücke inkl. Rodungsflächen
- Anhang 2: Zusammenstellung von angewandten forstrechtlichen Kompensationsmaßnahmen (*Hinweis: Anhang 2 ist für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.*)
- Anhang 3: Bilanzierung der Kompensationsmaßnahmen (*Hinweis: Anhang 3 ist für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.*)
- Anlage 1: Übersichtspläne 1:25.000 für Forstwirtschaft
- Anlage 2: [Lagepläne Forst](#)

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BWaldG	Bundeswaldgesetz
LWaldG	Landeswaldgesetz Baden-Württemberg
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, das als Erdkabel-Verbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtliche verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt E2. Der Planfeststellungsabschnitt E2 umfasst allein Anlagen und Maßnahmen des Vorhabens 3.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff. im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Teil K03 – Voraussetzungen für Forstrechtliche Genehmigungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt E2.

Die Unterlage K03 geht als zusammenfassende Darstellung aus Unterlage L09 hervor. Sie bündelt die aus den forstrechtlichen und -fachlichen Voraussetzungen resultierenden forstrechtlichen Genehmigungstatbestände und verweist auf erforderliche Pläne und Karten.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Bei der Entwicklung des Trassenverlaufs und der Trassenplanung der SuedLink Gleichstrom-Kabelanlage stand die

1. Meidung von Waldflächen,
2. Eingriffsminimierung in Waldflächen (z.B. Reduzierung der temporären Waldumwandlungsbreite durch Reduzierung der Arbeitsstreifenbreite) und ggf.
3. Unterbohrung von Waldbereichen insbesondere mit schutzgutrelevanten Waldfunktionen

im Vordergrund. Trotzdem gibt es Bereiche entlang des Trassenverlaufs bei denen eine dauerhafte (i. d. R. Breite des Schutzstreifens) und temporäre Waldumwandlung (i. d. R. Arbeitsstreifenanteil außerhalb des Schutzstreifens, Baustellenzufahrten, etc.) für den Bau und Betrieb der SuedLink Gleichstrom-Kabelanlage erforderlich ist.

Die Unterlage „K03- Voraussetzungen für forstrechtliche Genehmigungen“ beinhaltet die Grundlagen der forstrechtlichen Erlaubnisse für die dauerhafte und temporäre Waldumwandlung inklusive Beschreibung der Kompensationsmaßnahmen für dauerhafte Waldinanspruchnahmen und für weitere Waldfunktionsverluste von dauerhaft und temporär beanspruchten Waldbereichen, jeweils soweit erforderlich. Ebenso behandelt sie (die Unterlage) die Rekultivierung von temporär genutzten Waldbereichen. Die Ermittlung des Ausgleichsbedarfes und Flächenbilanzierung findet in der

Unterlage L09 "Unterlage zur Forstwirtschaft" statt. Die forstrechtlichen Erlaubnisse ergehen nicht als gesonderte Entscheidung in einem gesonderten Verfahren, sondern nehmen an der Konzentrationswirkung der Planfeststellung teil.

1.4 Rechtlicher und fachlicher Rahmen

Die folgenden gesetzlichen Grundlagen sind für die forstrechtlichen Genehmigungen relevant. Aufgrund der Verfahrens- und Zuständigkeitskonzentration des Planfeststellungsverfahrens liegt die Zuständigkeit bei der Bundesnetzagentur.

1.4.1 Bundesgesetzgebung

Bundeswaldgesetz (BWaldG):

- Gemäß § 9 Abs.1 BWaldG darf Wald nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung).
- Gemäß § 9 Abs. 2 BWaldG kann eine Umwandlung von Wald auch für einen bestimmten Zeitraum genehmigt werden; durch Auflagen ist dabei sicherzustellen, dass das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird

1.4.2 Landesrecht

Rechtlicher Rahmen nach LWaldG Baden-Württemberg:

- § 9 Abs. 1 LWaldG Erhaltung des Waldes
§ 9 Abs. 1 LWaldG ist für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant. Es bilanziert sich keine dauerhafte Waldumwandlung.
- § 11 LWaldG Befristete Umwandlung von Wald

Die Genehmigung für eine Waldumwandlung nach § 9 und § 11 LWaldG ist von der für das Vorhaben beantragten Planfeststellung eingeschlossen (§ 75 Abs. 1 VwVfG).

Befristete Umwandlung von Wald (§ 11 LWaldG BW)

- (1) Die höhere Forstbehörde kann die Beseitigung des Baumbestandes oder eine anderweitige Nutzung der Waldfläche befristet genehmigen, wenn
 1. ein öffentliches Interesse oder ein besonderes wirtschaftliches Interesse des Waldbesitzers an einer vorübergehenden anderweitigen Nutzung der Fläche besteht,
 2. andere öffentliche Interessen im Sinne des § 9 Abs. 2 der vorübergehenden anderweitigen Nutzung der Waldfläche nicht entgegenstehen und
 3. sichergestellt wird, dass die Waldfläche bis zum Ablauf einer von der höheren Forstbehörde zu bestimmenden Frist nach den in Absatz 2 bezeichneten Plänen ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird. Bedingungen und Auflagen können erteilt werden.
- (2) Der Antragsteller hat Pläne und Erläuterungen des Vorhabens sowie der Wiederaufforstung vorzulegen. § 9 Abs. 3 Nr. 2 und 3 sowie Absatz 5 gelten entsprechend.

1.4.3 Länderverordnung

- Verweis auf den Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg.

1.5 Datengrundlagen

Diese Unterlage basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Unterlage Teil L09 “Unterlage zur Forstwirtschaft” sowie den Ergebnissen der forstrechtlichen Kartierungen.

2 Waldinanspruchnahme durch das Vorhaben

In diesem Kapitel wird allgemein erläutert, welche Inanspruchnahmen zu erwarten sind.

Durch SuedLink ergeben sich in dem verfahrensgegenständlichen Abschnitt folgende Waldinanspruchnahmen, welche in der Anlage 2 – Waldbestands- und Rodungspläne sowie Anhang 1 - Zusammenstellung betroffener Grundstücke inkl. Rodungsflächen dargestellt sind:

Im PFA E2 wurde entschieden Waldflächen ausschließlich in geschlossener Bauweise (per HDD - Verfahren) zu queren. Arbeitsstreifen, bauzeitlich beanspruchte Flächen und Zuwegungen liegen (derzeit) auf Flächen, die gemäß dem BWaldG oder dem LWaldG nur eine befristete Umwandlung darstellen. Ein dauerhafter Eingriff findet somit nicht statt.

2.1 Dauerhafte Waldumwandlung

Das Vorhaben löst keine dauerhafte Waldumwandlung aus. Das Kapitel ist für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant. Es wird auf Unterlage L09, Kapitel 6ff. verwiesen.

2.2 Temporäre Waldumwandlung

Eine temporäre Waldumwandlung (Fällung und Wiederaufforstung) ist im Bereich des Arbeitsstreifenanteils außerhalb des Schutzstreifens notwendig. Der Arbeitsstreifen ist nur während der Bauphase für die Errichtung der SuedLink Gleichstrom-Kabelanlage / Gleichstromkabelanlagen erforderlich.

Darüber hinaus kommt es ggf. bei Baustellenzufahrten sowie Baustelleneinrichtungsflächen zu einer temporären Waldumwandlung. [Insbesondere bei den Baustellenzufahrten wird neben bewaldeten Flächen in Randbereichen von bereits bestehenden Forstwegen auch Waldboden in Anspruch genommen, welcher nicht mit Forstpflanzen bestockt ist. Aufgrund der vorübergehenden Inanspruchnahme von Waldboden gilt dies ebenso als temporäre Waldumwandlung. Die unbestockten Flächen werden im Anschluss an den Rückbau rekultiviert.](#)

Die allgemeinen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen für die temporäre Waldumwandlung ist den Unterlagen § 21 NABEG, Teil F UVP-Bericht zu entnehmen.

Um dem Grundsatz der Eingriffsminimierung in Waldbereichen Rechnung zu tragen, findet eine Reduktion der Regelarbeitsstreifenbreite im Wald statt. Arbeitsstreifenbreite im Wald beträgt min. 25 m (Normalstrecke). Dabei kann es ortsbezogen zu Abweichungen nach oben kommen, diese sind auf das erforderliche Maß zu reduzieren.

Die temporäre Waldumwandlungsbreite beträgt min. 13 m (Normalstrecke) .

Bei einer Reduktion der Breite des Arbeitsstreifens sind geeignete Lagerflächen für die Bodenmieten notwendig.

Maßnahmen und Ausführungen zum Bodenschutz im Wald finden sich im Teil L02 "Bodenschutzkonzept".

3 Angaben zur Erlangung der forstrechtlichen Erlaubnisse

Dieses Kapitel beinhaltet Angaben zu den betroffenen Waldflächen sowie Waldfunktionen und zur Waldinanspruchnahme (dauerhaft und temporär) sowie den Kompensationsmaßnahmen, welche für forstrechtliche Erlaubnisse / Genehmigungen erforderlich sind.

3.1 Waldinanspruchnahme und betroffene Waldflächen

Die beantragte dauerhafte Waldumwandlungsfläche beträgt 0 ha. Innerhalb des geplanten Schutzstreifens sind keine Rodungen/Gehölzentfernungen zur Herstellung von Leitungstrassen gem. § 9 Abs. 7 LWaldG vorgesehen.

Die beantragte temporäre Waldumwandlungsfläche beträgt ~~0,95~~ 0,09 ha.

Es ist kein Biotopschutzwald nach § 30a Abs. 5 LWaldG betroffen.

Es sind keine besonders bedeutsamen Waldfunktionen beansprucht.

Vorhabenbedingt betroffene aber forstrechtlich unbeeinträchtigte Waldfläche: 14,5000 ha.

Die beantragten Waldumwandlungsflächen sind in:

- Anlage 01 – Übersichtspläne 1:25.000 für Forstwirtschaft
- Anlage 02 – [Lagepläne Forst](#) sowie in
- Anhang 01 – Zusammenstellung betroffener Grundstücke inkl. Rodungsflächen

dargestellt und aufgelistet.

3.2 Forstrechtlicher Kompensationsbedarf und Maßnahmenbilanzierung

Der berechnete notwendige forstrechtliche Kompensationsbedarf beträgt 0 ha. Das Kapitel ist für den gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt nicht relevant.

Folgende Kompensationsmaßnahmen für dauerhafte Waldinanspruchnahmen (Ersatzaufforstungen) werden ergriffen:

- Es sind keine Kompensationsmaßnahmen erforderlich.

Folgende Kompensationsmaßnahmen für weitere Wald funktionsverluste (Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen / ökologische Waldaufwertung) werden ergriffen:

- Es sind keine Kompensationsmaßnahmen für Wald funktionsverluste erforderlich.

3.3 Rekultivierung und Wiederaufforstung von befristet in Anspruch genommenen Waldflächen

Allgemeine Grundsätze zur Rekultivierung und Wiederaufforstung sind in L09 – Unterlage zur Forstwirtschaft dargestellt und werden zu einem späteren Zeitpunkt in den Aufforstungsplänen zur Ausführungsplanung konkret ausgearbeitet.

Die ermittelte befristete Waldumwandlung beträgt ~~0,05~~ 0,09 ha.

- Die zu rekultivierende Waldfläche beträgt ~~0,05~~ 0,09 ha

3.4 Zusammenfassung

Vom Vorhaben Suedlink BBPIG-Vorhaben 3, Planfeststellungsabschnitt E2 ist Wald im Umfang von ~~17,39~~ 17,43 ha betroffen.

17,34 ha davon betreffen Wald, der ohne Eingriffe in den Gehölzbestand beansprucht werden soll. Die durch geschlossene Bauweise beanspruchte Waldfläche liegt dabei vollständig im geplanten Schutzstreifen. Es bilanziert sich keine dauerhafte Waldumwandlung nach § 9 LWaldG.

Die Inanspruchnahme von weiteren ~~0,05~~ 0,09 ha führt zu einer zeitlich befristeten Waldumwandlung gemäß § 11 LWaldG.

Die Unterlagen L09 und K03 erbringen gemäß § 11 LWaldG den Nachweis, dass

- ein öffentliches Interesse an der vorübergehend anderweitigen Nutzung besteht
- andere öffentliche Interessen im Sinne § 9 Abs. 2 LWaldG der vorübergehenden anderweitigen Nutzung nicht entgegenstehen
- sichergestellt ist, dass die Flächen nach Abschluss der Bautätigkeit ordnungsgemäß wieder aufgeforstet werden.

Es ist folgender forstrechtliche Genehmigungstatbestand einschlägig:

- Befristete Waldumwandlung gem. § 11 LWaldG im Umfang von ~~0,05~~ 0,09 ha.

4 Literatur- und Quellenverzeichnis

BWaldG - Bundeswaldgesetz in der aktuell gültigen Fassung [derzeit in der Fassung vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2017 (BGBl. I S. 75) geändert worden ist].

LANDESWALDGESETZ (LWaldG) - Waldgesetz für Baden-Württemberg. Fassung vom 21.06.2019.